

URGENT ACTION

ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE DURCHSETZEN!

USA (NEW HAMPSHIRE)

UA-Nr: **UA-084/2018** AI-Index: **AMR 51/8344/2018** Datum: **3. Mai 2018** – ar

Im US-Bundesstaat New Hampshire hat das Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe angenommen. Nun muss die Gesetzesvorlage noch durch den Gouverneur bestätigt werden, der allerdings sein Veto angekündigt hat. Amnesty International fordert den Gouverneur zur Unterzeichnung des Gesetzes auf, damit New Hampshire den 19 weiteren US-Bundesstaaten folgt, die die Todesstrafe bereits abgeschafft haben.

Am 26. April stimmte das Repräsentantenhaus von New Hampshire mit 223 zu 116 Stimmen für einen Gesetzentwurf des Senats, der vorsieht, die Todesstrafe in New Hampshire abzuschaffen (Senatsvorlage Nr. 593). Im Senat war die Gesetzesvorlage am 15. März mit 14 zu 10 Stimmen angenommen worden. Nun wird der Gesetzentwurf noch Gouverneur Chris Sununu vorgelegt; hierfür liegt allerdings noch kein genaues Datum vor. Der Gouverneur kann das Gesetz entweder aktiv durch seine Unterschrift oder passiv durch Nichthandeln in Kraft setzen, oder aber sein Veto einlegen. In einer Stellungnahme vom 28. Februar sagte Chris Sununu: „Ich stehe auf der Seite der Verbrechenopfer, Ordnungskräfte und Gerechtigkeitverfechter, die sich gegen eine Abschaffung der Todesstrafe aussprechen. Schärfere Gesetze zum Schutz von Verbrechenopfern und ihren Familien haben für mich Priorität. Die Abschaffung der Todesstrafe ist ein Schritt in die falsche Richtung, und ich werde mein Veto gegen diesen Gesetzentwurf einlegen, wenn er auf meinem Schreibtisch landet. Für mich besteht kein Zweifel daran, dass bei den schwersten Verbrechen die Todesstrafe zu verhängen ist.“ Nach der Abstimmung im Repräsentantenhaus bekräftigte er erneut diese Intention.

Wie in der Aussage des Gouverneurs deutlich wird, gibt es in der Tat Ordnungskräfte, Verbrechenopfer und „Gerechtigkeitverfechter“, die sich für die Beibehaltung der Todesstrafe einsetzen. Doch was aus seiner Stellungnahme nicht hervorgeht, ist die Tatsache, dass es sich hierbei nicht um eine homogene Gruppe handelt und dass zahlreiche Ordnungskräfte und auch viele Verwandte von Mordopfern gegen die Todesstrafe sind. Im Jahr 2007 gaben vier Richter_innen des Obersten Gerichtshofs der USA folgende Stellungnahme ab: „Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner sind gegen die Todesstrafe. In so gut wie jeder Gemeinschaft dieses Landes gibt es Personen, die der Überzeugung sind, dass die Todesstrafe nicht gerecht ist.“

Amnesty International wendet sich in allen Fällen, weltweit und ausnahmslos gegen die Todesstrafe, da sie das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebene Recht auf Leben verletzt und die grausamste, unmenschlichste und erniedrigendste aller Strafen darstellt. Es werden Ressourcen für sie aufgewendet, die sinnvoller dafür eingesetzt werden könnten, um die Gründe für Gewaltverbrechen besser zu verstehen, solche Taten zu verhindern und den Betroffenen zu helfen. Die Vollstreckung eines Todesurteils ist unwiderruflich – es besteht die Gefahr, dass Personen hingerichtet werden, die auf der Grundlage von Justizirrtümern zum Tode verurteilt wurden, oder deren Todesurteile mit Diskriminierung oder anderen Ungerechtigkeiten einhergingen. Wie bereits mehrere Richter_innen des Obersten Gerichtshofs der USA über Jahre hinweg eingeräumt haben, ist das US-amerikanische System zur strafrechtlichen Verfolgung von Mordfällen von Willkür, Diskriminierung und Fehlern geprägt.

Bis heute haben 142 Länder die Todesstrafe per Gesetz oder in der Praxis abgeschafft. Mehr als 90 dieser Länder haben seit 1976 die Todesstrafe entweder für alle Straftaten oder für gewöhnliche Straftaten per Gesetz abgeschafft. 1976 war das Jahr, in dem der Oberste Gerichtshof der USA die Wiederaufnahme von Hinrichtungen gewährte. Amnesty International ist der Ansicht, dass die Abschaffung der Todesstrafe in New Hampshire mitnichten ein „Schritt in die falsche Richtung“ wäre. Vielmehr wäre der US-Bundesstaat damit auf einer Linie mit zahlreichen Ländern, die auf die Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten. Die USA

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFS WDE 33XXX .

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



scheinen sich in jüngsten Jahren diesem weltweiten Trend angeschlossen zu haben: Es werden weniger Todesurteile verhängt, und seit 2007 haben sechs US-Bundesstaaten die Todesstrafe abgeschafft. Dadurch setzten sie im politischen Raum ein Beispiel, dem andere Bundesstaaten folgen könnten. In New Hampshire wurde zuletzt vor etwa 80 Jahren eine Hinrichtung vollzogen. Es ist an der Zeit, die Todesstrafe dort per Gesetz abzuschaffen.

Seit 1739 wurden in New Hampshire 24 Todesurteile vollstreckt, zuletzt am 14. Juli 1939. Im Jahr 1972 urteilte der Oberste Gerichtshof, dass die Anwendung der Todesstrafe in den USA verfassungswidrig sei. Grund für die Entscheidung war die willkürliche Art und Weise, in der Todesurteile gefällt wurden. 1976 nahm der Gerichtshof neue Regeln für Kapitalverbrechen an und bewilligte die Wiederaufnahme von Hinrichtungen. Die neuen Regeln sollten vermeintlich dafür sorgen, dass Urteile nicht länger auf Willkür beruhen. New Hampshire ging erst 1991 wieder zur Verhängung der Todesstrafe über.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

In den USA war die Anwendung der Todesstrafe in den vergangenen 40 Jahren durchgehend von Willkür und Fehlern geprägt. Seit 1973 gab es mehr als 160 bestätigte Fehlurteile in Mordprozessen. Zahlreiche Personen wurden hingerichtet, obwohl erhebliche Zweifel an ihrer Schuld bestanden. Prinzipiell wird die Todesstrafe in den USA nur für die „schwersten Verbrechen“ verhängt. Die Wirklichkeit sieht jedoch häufig anders aus, wie ein Richter des Obersten Gerichtshofs 1994 bemerkte: „Die grundlegende Frage – stellt das System akkurat und verlässlich fest, welche Angeklagten es ‚verdienen‘ zu sterben? – kann nicht affirmativ bejaht werden.“ Im Jahr 2015 argumentierten zwei Richter_innen, dass zwar „jeder Mord tragisch ist ...“, die Verfassungsmäßigkeit der Todesstrafe aber darauf beruht, dass sie nur in den allerschwersten Fällen angewendet wird. Und es liegen umfassende Beweise dafür vor, dass diese Einschränkung nicht immer gemacht wird.“ Sie wiesen außerdem auf die Kosten der Todesstrafe hin. So koste die Verhängung von Todesurteilen in Kalifornien beispielsweise 137 Mio. US-Dollar pro Jahr, während ein vergleichbares System lebenslanger Haft ohne Bewährung 11,5 Mio. US-Dollar pro Jahr kosten würde. In Florida lägen die Kosten jeder Hinrichtung 23 Mio. US-Dollar über den Kosten für eine lebenslange Haftstrafe ohne Bewährung.

SCHREIBEN SIE BITTE FAXE, LUFTPOSTBRIEFE ODER E-MAILS MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich begrüße die Annahme des Gesetzentwurfs zur Abschaffung der Todesstrafe in New Hampshire durch Senat und Repräsentantenhaus.
- Ich appelliere an Sie, die Senatsvorlage 593 zu unterzeichnen bzw. in Kraft treten zu lassen.
- Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Anwendung der Todesstrafe in den USA rückläufig ist und dass eine klare Mehrheit von Ländern die Mängel dieser Praxis erkannt und daher die Todesstrafe per Gesetz oder in der Praxis abgeschafft hat.

APPELLE AN

GOVERNEUR VON NEW HAMPSHIRE

Governor Chris Sununu
Office of the Governor, State House
107 North Main Street, Concord, NH 03301, USA
(Anrede: Dear Governor / Sehr geehrter Herr Gouverneur)

Fax: (00 1) 603 271 7680

Twitter: @GovChrisSununu

E-Mail: über das Formular:

<https://business.nh.gov/nhgovernor/comments.asp>

Bitte verwenden Sie die Kontaktdaten von Amnesty International in New York: 5 Pennsylvania Plaza, New York, NY 10001, USA

Petition:

http://act.ejusa.org/p/dia/action4/common/public/?action_KEY=26169&track=ActionNat-NHGov-url

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Herrn Kent Doyle Logsdon

Geschäftsträger a.i.

Clayallee 170

14191 Berlin

Fax: 030-83 05 10 50

E-Mail: feedback@usembassy.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**, sodass sie noch vor dem **14. Juni 2018** eintreffen. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Welcoming the positive vote in both chambers of the legislature to repeal New Hampshire's death penalty.
- Encouraging the Governor either to sign Senate Bill 593 or to allow it to become law.
- Noting that the death penalty is on the decline in the USA, and that a clear majority of countries have abolished the death penalty in law or practice, recognizing its fundamental flaws.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Derzeit befindet sich in New Hampshire eine Person im Todestrakt. Michael Addison war 2008 wegen des 2006 an dem Polizisten Michael Briggs begangenen Mordes zum Tode verurteilt worden. Da es in New Hampshire über die Jahre hinweg nur sehr wenige Verurteilungen und Strafverfolgungen in Mordfällen gegeben hat, ist es schwierig, die potenziellen Einsparungen zu quantifizieren, die sich für den Bundesstaat durch die Abschaffung der Todesstrafe ergeben würden. Aus Informationen bezüglich der Senatsvorlage Nr. 593 geht jedoch hervor, dass sich „die Kosten im Fall Addison bisher auf 2,5 Mio. US-Dollar belaufen haben. Dieser Fall wird noch mehrere Jahre weiterlaufen und daher noch weitere Kosten nach sich ziehen.“

FORTSETZUNG AUF ENGLISCH

In 2008, the then most senior Justice on the Court wrote that “current decisions by state legislatures... to retain the death penalty as a part of our law are the product of habit and inattention rather than an acceptable deliberative process that weighs the costs and risks of administering that penalty against its identifiable benefits”. Among other things, Justice John Paul Stevens wrote that “Despite 30 years of empirical research in the area, there remains no reliable statistical evidence that capital punishment in fact deters potential offenders”. Since then, state legislatures in New Mexico (2009), Illinois (2011), Connecticut (2012) and Maryland (2013) have passed bills abolishing the death penalty, which governors have signed into law. Today, 19 states and the District of Columbia, are abolitionist. Four other states, Washington, Colorado, Oregon and Pennsylvania, currently have moratoriums on executions in place because of official disquiet about capital justice.

After the New Jersey legislature voted in late 2007 to abolish the death penalty, the then Police Chief of West Orange, New Jersey, wrote that while he had long been a supporter of the death penalty, he had since concluded that abolition was “just plain common sense”. He wrote: “[T]he death penalty throws millions of dollars down the drain – money that I could be putting directly to work fighting crime every day -- while dragging victims' families through a long and torturous process that only exacerbates their pain... The judicial process sentences victims' families to an indeterminate time in legal limbo, waiting, waiting, waiting, for the day that the punishment will be carried out. For most of them, it never will be. The death penalty was supposed to help families like these... As a police chief, I find this use of state resources offensive. The death penalty is supposed to help me fight crime. I say: Give a law enforcement professional like me that \$250 million, and I'll show you how to reduce crime. The death penalty isn't anywhere on my list.”

